



Protokollauszug
zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 04.12.2024, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Haushaltsplan 2025 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2024-2028 Beratung und Entscheidung über Anträge zum Haushaltsplan	Vorl.Nr. 259/24
-------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er weist darauf hin, dass die gestrige Beratung heute fortgesetzt werde. Er lobt die guten und wertschätzenden Beratungen in der gestrigen Sitzung. OBM Dr. Knecht ruft Tagesordnungspunkt 1 auf. Es gehe um die Beratung und Abstimmung der Fraktionsanträge zum Haushalt 2025.

Die Beratung der Anträge erfolgt anhand der Reihenfolge des Beratungsfahrplans (vgl. Anlage zur Vorlage 259/24). Dabei werde es unter manchen Vorlagennummern mehrere getrennte Abstimmungen geben.

TOP 1.1	Konsolidierungs- und Modernisierungspaket für den Haushalt 2025 (WIN LB)	Vorl.Nr. 260/24
---------	--	-----------------

Abweichende Beschlüsse:

(vgl. Beratungsverlauf)

Abstimmungsergebnisse:

(vgl. Beratungsverlauf)

Beratungsverlauf:

Zur Vorgehensweise teilt OBM **Dr. Knecht** mit, mit den Fraktionen sei vereinbart, dass einzelne Beschlüsse aus der Paketabstimmung der Vorlage Nr. 260/24 herausgelöst werden.

Diese Einzelmaßnahmen werden anhand des Beratungsfahrplans im Folgenden beraten.

a) bis g) vgl. GR-Protokoll 03.12.2024

h) Neuausrichtung Förderprogramm Klimabonus (Nr.23)

BMin **Schwarz** informiert zum Verwaltungsvorschlag.

Stadtrat **Ziemann** geht auf den Antrag der AfD-Fraktion ein. Er spricht von einer Klimaplanwirtschaft, welche falsche Anreize setze und Mitnahmeeffekte erzeuge. Der Bonus solle komplett gestrichen oder auf einen minimalen Betrag reduziert werden. Balkonkraftwerke werden mittlerweile günstig angeboten und hierfür brauche es keinen Anreiz mehr. Er ist sich sicher, dass der effiziente Verbrauch und die Einsparung von Gas und Oel in Deutschland, weltweit anderweitig verbraucht werde.

Stadtrat **Haag** geht auf den Antrag Nr. 313/24 ein. Der städtische Zuschuss für PV und Dämmmaßnahmen stehe zu den enorm hohen Investitionsentscheidungen nicht in Relation. Er sieht darin lediglich Mitnahmeeffekte und löse keine Entscheidung aus. Hierfür habe die Stadt kein Geld mehr. Die Förderung der Balkonkraftwerke sei sinnvoll.

Die Bürgerschaft gehe voran und der Klimabonus sei dafür das Förderprogramm, plädiert Stadtrat **Sorg** für den Erhalt und die Höhe beizubehalten, wenngleich er mit einer Absenkung auf 450.000 Euro mitgehen könne, sofern es hierzu eine Mehrheit im Gremium gebe. Die Überarbeitung der Richtlinien werde grundsätzlich begrüßt. Zum Antrag der FDP-Fraktion wünscht er mehr Information.

Die Fraktion um Stadtrat **Lutz** werde sich in Verbindung mit WIN LB mehrheitlich dem FDP-Antrag anschließen.

Die Fraktion um Stadtrat **Zeltwanger** geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit. Der Bonus sei sinnvoll und gebe einen Impuls für Hausbesitzer.

Stadträtin **Liepins** signalisiert ihre Zustimmung zum Verwaltungsvorschlag und begrüßt die Überarbeitung der Richtlinien.

Stadtrat **Haag** erläutert den Antrag Nr. 313/24. Die Summe des Verwaltungsvorschlages von 400.000 Euro solle um 150.000 Euro auf 250.000 Euro abgesenkt werden.

Nach dieser Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** zuerst über den AfD-Antrag (Teil des Antrags Nr. 290/24) vgl. TOP 1.2, abstimmen. Dieser wird mehrheitlich abgelehnt.

Danach ruft er den FDP-Antrag (Nr. 313/24) vgl. TOP 1.12, zur Abstimmung auf. Dieser wird mehrheitlich abgelehnt.

Im Anschluss ruft er den Antrag der Grünen-Fraktion (Nr. 293/24) vgl. TOP 1.3 auf und lässt über diesen abstimmen. Dieser wird mehrheitlich abgelehnt.

Zuletzt lässt er über den Verwaltungsvorschlag der Vorlage 260/24 abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan

i) Verwaltungsgebühren bei Baumschutzsatzung (Nr.22)

BM **Manni** geht auf den Verwaltungsvorschlag ein. Bisher werde für die Bearbeitung keine Gebühr erhoben, wenngleich dies möglich sei und man eine Summe von rund 5.000 Euro generieren könne. Der Verwaltungsaufwand sei überschaubar. Die Gebührenumrechnung sei pro Fall umgerechnet worden.

OBM **Dr. Knecht** rät den Verwaltungsvorschlag und den CDU-Vorschlag (Antrag Nr. 305/24) im Mobilitäts- und Umweltausschuss zu beraten, trotz deren haushaltsrelevanz.

Stadträtin **Dr. Klünder** geht auf den Antrag der CDU- Fraktion Nr. 305/24 und die Historie der Satzung ein, welche damals nicht einstimmig beschlossen wurde und Zweifel bestanden habe, unter anderem zum Personaleinsatz, bürokratischen Aufwand, Vorratsfällungen und Effektivität. Eine Evaluation sei bisher nicht erfolgt. Wichtig seien Bäume für das Klima in der Stadt, das sei unbestritten. Mit dem Verweis in den MU könne sie mitgehen.

In der Sitzung des Mobilitäts- und Umweltausschusses am 20.07.2023 sei eine Vorstellung erfolgt, so BM **Manni**.

Stadträtin **Dr. Knoß** verweist auf die Präsentation zum Baumzustandsbericht im Juli 2023. Innerhalb der CDU- Fraktion sei wohl diese Information nicht weitergegeben worden, kritisiert sie.

Stadtrat **Peifer** wünscht eine Überarbeitung der Baumschutzsatzung und Beratung im Mobilitäts- und Umweltausschuss.

Das Thema Baumschutzsatzung (Verwaltungsvorschlag und CDU-Antrag) wird im 1.Quartal 2025 im Mobilitäts- und Umweltausschuss beraten (vgl. TOP 1.5), so OBM **Dr. Knecht**.

EBMin **Schmetz** weist auf die Änderungen in folgenden Einzelmaßnahmen hin:

Reduzierung des städtischen Personaleinsatzes an der Sophie-Scholl-Schule im Rahmen des Ganztags (Nr.10)

EBMin **Schmetz** informiert über die Reduzierung des städtischen Personaleinsatzes an der Sophie-Scholl-Schule im Rahmen des Ganztags (Anlage 10 neu). Die Maßnahme werde um zwei Jahre geschoben. Die Schule gehe mit diesem Vorschlag mit.

Reduzierung der Kosten für die Ludwigsburg Card (Nr. 17)

EBMin **Schmetz** informiert über die Reduzierung der Kosten für die Ludwigsburg Card (Anlage 17 neu). Die SWLB gewähre für alle LB-Card-Inhaber einen Rabatt von 50% auf alle Eintrittsgelder. Hierdurch falle die Limitierung der Anzahl weg. Dieselben Gespräche laufen mit dem Blühenden Barock, diese seien jedoch noch nicht abgeschlossen.

Zuschuss Schullandheime/ Schüleraustausch (Nr.12)

EBMin **Schmetz** informiert über die Reduzierung der Zuschüsse für Abschlussfeiern/Schulen. Die Städtepartnerschaften werden über das Referat abgedeckt.

Sie formuliert einen

geänderten Beschlussvorschlag:

„Der städtische Zuschuss für Schullandheime sowie Schüleraustausche, **ausgenommen bei Städtepartnerschaften**, wird ab dem Schuljahr 2025/26 eingestellt“.

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Medinger** geht auf die Zuschüsse für Schüleraustausche ein und dankt, dass die Städtepartnerschaften gewahrt bleiben, dennoch weist er auf Austausch mit Nicht-Partnerstädten innerhalb Europas hin. Er sieht hierin eine europastärkende Maßnahme und wünscht weiterhin eine Bezuschussung und wird hierzu zu einem späteren Zeitpunkt einen gesonderten Antrag einreichen. Bisher seien hierfür 35 Euro pro Teilnehmenden, ab einem Aufenthalt von mindestens 3 Tagen, gewährt worden.

Stadtrat **Herrmann** geht auf den Vorredner ein und bezweifelt, dass dieser geringe Betrag die Reise gefährden könne. Aufgrund der Haushaltslage sieht er die Beschränkung auf bestehende Partnerschaften als richtig an. Er wird der Paketvorlage zustimmen, wenngleich ihm die Zustimmung zu manchen Punkten, wie Streichung der Zuschüsse für Abschlussfeiern, schwerfalle.

Stadtrat **Zeltwanger** geht auf die Anträge seiner Fraktion ein. Für Schulabschlussfeste sollten Möglichkeiten zu reduzierten Raumkosten angeboten werden. Für Schullandheime rät er einen Sozialtopf für Einzelfälle einzurichten.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** plädiert für die Abstimmung im Paket, hierauf habe man sich im Ältestenrat einvernehmlich geeinigt.

Stadträtin **Kuhnke** zeigt sich überrascht über die Haltung im Gremium, da die Bürger und Unternehmen die Kosten zahlen müssen. Ihre Fraktion werde das Gesamtpaket ablehnen und sie weist auf die Anträge ihrer Fraktion hin.

Stadträtin **Schittenhelm** kritisiert den Standpunkt der AfD-Fraktion und merkt an, dass haushalterisch die angegebenen Deckungsvorschläge nicht möglich seien. Sie wünscht eine Klärung durch die Verwaltung.

EBMin **Schmetz** präzisiert die Wortmeldung von Stadtrat Medinger. Pro Aufenthalt sei bisher ein Zuschuss von 17,53 Euro pro Schüler und für einen Rücktausch erneut 17,53 Euro pro Schüler bewilligt worden.

Stadtrat **Medinger** geht auf die Schullandheime ein. Hier gebe es eine Unterstützung durch das Teilhabepaket des Jobcenters.

Nach dieser Aussprache stellt OBM Dr. **Knecht** das restliche Paket der Vorlage Nr. 260/24 zur Abstimmung.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan

Im Anschluss führt der **Leiter** des Fachbereiches Finanzen zu den konsumtiven und investiven Ausgaben aus. Die Deckungsvorschläge, auch investive, habe man dennoch in den Beratungsfahrplan eingebaut, da diese als Anträge gewertet jedoch separat beraten werden.

TOP 1.2 Aufsplittung 23 Punkte Plan -
Haushaltsantrag der AfD-Fraktion vom
17.11.2024

Vorl.Nr. 290/24

Beratungsverlauf:

Die im Antrag aufgeführten Bestandteile des Antrags werden wie folgt abgestimmt:

a) bis g) vgl. GR-Protokoll 03.12.2024

h) Abschaffung des Klimabonus im Gesamten

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen, 36 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan

Beratungsverlauf vgl. TOP 1.1

i) Radwege nicht bauen Alleenstraße/ Friedrich-Ebert-Straße

Stadträtin **Kuhnke** zieht die Anträge zurück. Das Thema werde nochmals in ihrer Fraktion aufbereitet und zu einem späteren Zeitpunkt erneut vorgebracht. Sie wünscht eine Verbesserung des Straßenzustandes der Steinheimer Straße in Poppenweiler. Anstatt Radwege bauen, solle mehr in die Straßensanierungen investiert werden.

TOP 1.3	Klimabonus schützen - Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.11.2024	Vorl.Nr. 293/24
---------	---	-----------------

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 11 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan

Beratungsverlauf:

(Vgl. TOP 1.1)

TOP 1.4	Reduktion Programm Klimabonus - HH-Antrag der FDP-Fraktion vom 12.11.2024	Vorl.Nr. 313/24
---------	---	-----------------

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 16 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan

Beratungsverlauf:

(Vgl. TOP 1.1)

TOP 1.5

Baumschutzsatzung - HH-Antrag der CDU-Fraktion vom 19.11.2024

Vorl.Nr. 305/24

Beratungsverlauf:

Der Antrag soll im 1.Quartal 2025 im Mobilitäts- und Umweltausschuss beraten werden, so der Vorschlag der Verwaltung. Zum Beratungsverlauf siehe Vorlage 260/24 (TOP 1.1 i).

Die CDU-Fraktion geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit.

TOP 1.6

Schul-Abschlussfeste - HH-Antrag der Fraktion Freie Wähler vom 20.11.2024

Vorl.Nr. 326/24

Beratungsverlauf:

(Vgl. TOP 1.1)

TOP 1.7

Unterstützung von Schullandheimaufenthalten für finanzschwache Familien - HH-Antrag der Fraktion Freie Wähler vom 20.11.2024

Vorl.Nr. 325/24

Beratungsverlauf:

(Vgl. TOP 1.1)

TOP 1.8

Beibehaltung der Leistungen im Rahmen der LudwigsburgCard - HH-Antrag der SPD-Fraktion vom 17.11.2024

Vorl.Nr. 300/24

Beratungsverlauf:

(Vgl. TOP 1.1)

Beratungsverlauf:

Der Antrag soll im 1.Quartal 2025 im Wirtschaftsausschuss beraten werden, so der Vorschlag der Verwaltung.

Die FDP-Fraktion geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit.

Beratungsverlauf:

Der Antrag soll im 1.Quartal 2025 im Betriebsausschuss Tourismus & Events beraten werden, so der Vorschlag der Verwaltung.

Stadtrat **Taskin** geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 19 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen bei Stimmengleichheit abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan

Beratungsverlauf:

siehe TOP 1.13

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan

Beratungsverlauf:

siehe TOP 1.13

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 26 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen einstimmig angenommen gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** merkt an, dass ein Vergleich zwischen Kultur und Sport kaum möglich sei. Die Beratung solle im 2. Quartal 2025 im Bildungs- und Sozialausschuss stattfinden. Es solle ein gemeinsames Konzept erarbeitet werden. Sie plädiert dafür, die Neuordnung der Kulturförderung 2025 abzuwarten. Die Stadt brauche ein gemeinsames Konzept für alle Kulturschaffenden. Im April solle in einer Kulturkonferenz über neue Strukturen diskutiert werden.

OBM **Dr. Knecht** weist auf die Anträge Nr.316/24, 296/24 und 338/24 hin.

Mit einer einmaligen Erhöhung um zehn Prozent könne man existenzielle Bedrohungen abwenden, sagt Stadtrat **Prof. Vierling**. Ludwigsburg sei eine Kulturstadt und dies werde durch die verlässliche städtische finanzielle Unterstützung gezeigt, wengleich die freien Kultureinrichtungen in Not seien. Die Fördergelder seien gleichbleibend, trotz steigender Ausgaben, bemängelt er. Der Einsparzwang gefährde die Qualität und das Angebot der Veranstaltungen. Neue Grundsätze zur

künftigen Förderung und Struktur habe man bereits 2024 eingefordert. Vereine seien ebenso betroffen, jedoch nicht in derselben bedrohenden Situation, da sie auf das Ehrenamt zurückgreifen können.

Ein neues Konzept habe man bereits für das Jahr 2024 gefordert, moniert auch Stadtrat **Dr. O'Sullivan** und kündigt einen Ergänzungsantrag an. Bis zur Überbrückung einer neuen Konzeption, benötigen die Kultureinrichtungen dringend diese Erhöhung. Der Theatersommer habe einen einmaligen Zuschuss im letzten Jahr erhalten, der dem Wechsel in den Strukturen geschuldet gewesen sei. Im Nachgang wolle er den Theatersommer in den Antrag aufnehmen.

Stadtrat **Haag** spricht von einer Notfallmaßnahme, da Gefahr im Verzug und die Situation prekär sei. Seit Jahren sei die Förderung unverändert, wie auch beim Jazzclub, dessen letzte Zuschusserhöhung darin bestanden habe, von D-Mark auf Euro umzurechnen. Solange kein neues Konzept vorliege, müsse der Zuschuss mindestens mit der Inflationskomponente erhöht werden. Im Zuge der Diskussion im kommenden Jahr könne noch korrigiert werden. Teile der Zuschüsse fließen durch Mieteinnahmen der städtischen Räumlichkeiten zurück an die Stadt. Zur Verbesserung der Einnahmesituation wird von den Kulturschaffenden viel unternommen.

Das Bündnis für Kultur solle nicht vorgezogen werden, bevor feststehe, wer und wie viel alle Kulturschaffenden an Förderung künftig bekommen, sagt Stadtrat **Meyer**. Die Problematik werde erkannt, betreffe jedoch auch weitere Kulturschaffende. Man müsse mit allen Kulturtreibenden ins Gespräch gehen. Man habe die Kürzungen zurückgenommen. Er merkt zum Wortbeitrag von Stadtrat Dr. O'Sullivan an, dass der Zuschuss für den Theatersommer dauerhaft beschlossen sei. Die Schlossfestspiele seien nicht dauerhaft gesichert, gibt er zu bedenken, sondern müssen weiterhin Sponsoren akquirieren.

Stadtrat **Raasch** weist auf die Gleichheit und Gerechtigkeit aller Kulturschaffenden hin.

Die Kulturförderung sei wichtig, sagt Stadträtin **Kuhnke**. Jedoch sehe sie die Notwendigkeit auch bei den sozialen Themen, die teilweise nicht mehr gefördert oder künftig gestrichen werden. Sie wundert sich über den Deckungsvorschlag über die Friedrich-List-Straße.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** hält die Forderung der Kultureinrichtungen für berechtigt. Die Beispielung der Bevölkerung erfolge auf allen Ebenen, für alle Altersstufen und Gesellschaftsschichten. Die Beratungen über ein neues Fördersystem seien unabhängig zu sehen, da die Einrichtungen jetzt die Hilfe brauchen. Er merkt an, dass die Überarbeitung der Sportförderung ebenso dringend anstehe.

Man müsse Akzente setzen und es werde durchaus Einschnitte geben, merkt OBM **Dr. Knecht** zur künftigen Struktur an. Sport und Kultur bedeute für die Gesellschaft und die Bildung enorm viel, wenngleich die Verwaltung zwischen vielen unverzichtbaren Aufgaben, mit dem besten Blick auf Ludwigsburg, abwägen müsse. Der kurzfristige Bedarf und die große Bedeutung werde anerkannt, wenngleich heute darüber nicht entschieden werden solle. Er geht auf die Haushaltslage und die Sparziele ein.

Nach dieser Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** zuerst über den Antrag der FDP-Fraktion (Nr. 316/24), vgl. TOP 1.12 abstimmen. Dieser wird mehrheitlich abgelehnt.

Danach lässt OBM Dr. Knecht über den interfraktionellen Antrag (Nr. 296/24), vgl. TOP1.11 abstimmen. Dieser wird mehrheitlich abgelehnt.

Im Anschluss stellt er den Antrag der FW-Fraktion (Nr. 338/24) zur Abstimmung.

TOP 1.14	Krähenpopulation im Schulcampus - HH- Antrag der CDU-Fraktion vom 19.11.2024	Vorl.Nr. 307/24
----------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Der Antrag soll im 1.Quartal 2025 im Mobilitäts- und Umweltausschuss beraten werden, so der Vorschlag der Verwaltung.

Die CDU-Fraktion geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit und merkt an, dass die Brutsaison beachtet werden solle.

TOP 1.15	Entsiegelung/Begrünung der Schulhöfe - HH-Antrag des LUBU-Stadtrats vom 20.11.24	Vorl.Nr. 320/24
----------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

BM **Manni** sagt einen Bericht über die geplanten Maßnahmen im 3.Quartal 2025 im Mobilitäts- und Umweltausschuss zu.

Stadtrat **Taskin** geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit.

geänderter Antrag:

1.

Für den notwendigen Sonnenschutz in der Eichendorffschule (Austausch der Fenster/ Dämmung der Wände) werden Euro 350.000,00 in den Haushalt eingestellt (TH_48, KS 48.41.51.03, S.222 ff. HHP).

2.

Die Planung für die Maßnahme beginnt sofort, eine Umsetzung wird spätestens für ~~die Sommerferien 2025~~ **bis Ende der Sommerferien 2026** angestrebt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der **geänderte Antrag** wird mit 40 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan

Beratungsverlauf:

Durch die Anbringung von Folien auf den Fenstern konnte die Raumtemperatur um rund 3 Grad gesenkt werden, berichtet EBMIn **Schmetz**. Sie schlägt vor, diese Maßnahme auf die weiteren Fenster auszudehnen, da weitere Baumaßnahmen zu erheblichen Mehrausgaben führen werden und derzeit nicht finanzierbar seien.

BMin **Schwarz** teilt mit, dass die Kosten für die restlichen Klassenzimmer rund 15.000 Euro betragen werden, rund 6.000 Euro habe man für ein Geschoss benötigt. Ein außenliegender Sonnenschutz sei aufgrund der Kippfenster nicht möglich. Zudem habe man große Glasflächenfassaden in den Klassenzimmern. Für den Ersatz der Fenster mit Jalousien und Gerüst sowie Demontage müsse man mit rund 800.000 Euro rechnen.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** merkt an, dass die Situation sehr prekär sei und die Folien lediglich einen geringen Erfolg bringen. Man brauche einen messbaren Effekt, um einen vertretbaren Unterricht zu ermöglichen. Er könne sich vorstellen, dass die angenommene Summe durch kreative Lösungen verringert werden könne.

Ein Austausch der Fenster sei haushalterisch nicht abbildbar, sagt Stadträtin **Alexander**. Die Folienlösung habe man im Bauausschuss beraten. Sie kann dem Antrag so nicht zustimmen, wenngleich sie diesem grundsätzlich viel Sympathie entgegenbringe.

Stadtrat **Lutz** sympathisiert ebenso mit dem Antrag und fragt, ob die unlängst beschlossenen Mittel für die Dachsanierung der Innenstadtsschule für die

Eichendorffschule eingesetzt werden können.

Stadtrat **Remmele** regt an, den Dachvorsprung im Zuge der Dachsanierung zu verlängern und mit einem geringen Kostenaufwand eine Jalousie mittels einer Seillösung zu installieren. Er regt eine Ausschreibung hierfür an.

Stadtrat **Haag** erinnert an die lang andauernde Debatte zu diesem Thema, als Schulträger stehe man in der Verantwortung. Sofern die Verwaltung keine andere tragfähige Lösung anbiete, werde er dem Antrag der SPD-Fraktion folgen.

Stadträtin **Allerborn** wünscht mehr Information zum Vorschlag von Stadtrat Remmele.

OBM **Dr. Knecht** fasst die Diskussionslage zusammen. 15.000 Euro für die Anbringung von Folien, über 350.000 Euro lautet der Antrag der SPD- Fraktion und 800.000 Euro für den Fenstertausch werden laut Verwaltung benötigt.

Der **Leiter** des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Der Fensteraustausch mit Jalousien koste rund 800.000 Euro. 350.000 Euro seien diesbezüglich nicht ausreichend.

Stadträtin **Liepins** erinnert auch an die zahlreichen Diskussionen und fragt, ob die Summe für eine beschlossene, aber nicht umgesetzte PV-Anlage auf dem Schuldach, noch vorhanden sei. Sofern der SPD-Antrag heute angenommen werde, solle die Diskussion im Bauausschuss erfolgen. Die maroden Fenster müssen in den nächsten Jahren ausgetauscht werden, wenngleich ihr die Haushaltslage bekannt ist und eine Änderung in den nächsten Jahren nicht zu erwarten sei. Die Anbringung von Folien sei nicht ausreichend.

Der **Leiter** des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft weist darauf hin, dass eine PV-Anlage auf dem Hallendach, nicht auf dem Schuldach beschlossen sei.

Stadträtin **Dr. Knoß** fragt, welche Kosten für den Gerüstaufbau anfallen, da ein Gerüst bei einer Dachsanierung erneut gebraucht werde.

Rund 60.000 Euro antwortet der **Leiter** des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft.

BMin **Schwarz** geht auf die Dachsanierung der Innenstadtsschule ein und nimmt Bezug auf den Wortbeitrag von Stadtrat Lutz. Das Gremium stehe hinter dem PV-Programm, da rentierlich. Durch eine gute Amortisation sollen PV-Anlagen auf Dächern, insbesondere bei einem hohen Eigenbedarf an Strom, forciert werden. Man könne hierdurch Geld einsparen. Die Haushaltslage lasse eine Sanierung aller Schulen im erforderlichen Umfang nicht zu. Sie schlägt vor, die Diskussion im Bauausschuss zu führen. Der Sonnenschutz zähle zu den investiven Ausgaben, der Austausch der Fenster werde den konsumtiven Ausgaben zugeordnet.

Die Kosten für den Fenstertausch würden somit den Bauunterhalt, der bereits knapp bemessen sei, belasten, ergänzt OBM **Dr. Knecht**.

Die Jalousien, als neue Elemente, seien investiv. Die Fenster konsumtiv, da ein Austausch stattfindet, ergänzt der **Leiter** des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft. Die Kosten für das Gerüst werden aufgeteilt.

Stadtrat **Remmele** geht auf die morgige Beratung im Bauausschuss zur Mehrzweckhalle Obweil ein und schlägt vor, vorab die Schulen zu sanieren.

Durch den Bau der Kita brauche man die Grünfläche, die aktuell dem Schulsport diene, führt OBM **Dr. Knecht** aus. Deshalb müsse die Mehrzweckhalle schnell umgesetzt werden.

Stadtrat **Herrmann** nennt einen Vorschlag zur Finanzierung des investiven Bereiches. Es sollen im Haushalt 400.000 Euro investiv aufgenommen werden. Realistisch gesehen, werden die Bauausgaben nicht komplett benötigt.

Problematisch sei der konsumtive Bereich, nicht der investive, sagt BMin **Schwarz**. Sie befürchtet, dass die Gelder für den Bauunterhalt nicht ausreichen und schlägt vor, die Planungen im Jahre 2025 und die Umsetzung im Jahre 2026 vorzusehen.

Die Haushaltsrelevanz liege somit im Jahre 2026, fügt OBM **Dr. Knecht** hinzu.

Die Haushaltssituation werde im kommenden Jahr nicht besser sein, vermutet Stadträtin **Liepins** und fordert eine garantierte Zusage für die Umsetzung 2026.

Die SPD-Fraktion geht mit dem Vorschlag von BMin Schwarz mit und Stadtrat **Dr. O'Sullivan** formuliert einen geänderten Antragstext und dankt für die konstruktive Debatte:

„Die Planung für die Maßnahme beginnt sofort, eine Umsetzung wird spätestens bis Ende der Sommerferien 2026 angestrebt“.

OBM **Dr. Knecht** stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

TOP 1.17

Verbesserung der Kita-Platzvergabe - HH-
Antrag der AfD-Fraktion vom 18.11.2024

Vorl.Nr. 310/24

Beratungsverlauf:

Der Antrag soll im 1.Quartal 2025 im Bildungs- und Sozialausschuss beraten werden, so der Vorschlag der Verwaltung.

Die AfD-Fraktion geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit.

Beratungsverlauf:

Der Antrag soll im 1.Quartal 2025 im Bildungs- und Sozialausschuss beraten werden, so der Vorschlag der Verwaltung.
Die Fraktion Die Linke geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 17 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** führt zum Thema Investitionsförderung aus. Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag abzulehnen. Bereits gefasste Beschlüsse seien im Haushalt umgesetzt. Im ersten Halbjahr 2025 werde das Thema Zuschussregelung beraten, der Stadtverband für Sport werde einbezogen.

Stadtrat **Dr.O'Sullivan** geht auf den Antrag seiner Fraktion ein und betont, dass es um die Investitionskostenförderung gehe, welche weder die Kultur-, noch Musiksparte erhalte. Man habe sich bereits für das Jahr 2024 eine Änderung der Richtlinien gewünscht. Es seien in letzter Zeit größere Summen gewährt und im letzten Jahr Beschlüsse gefasst worden, die im kommenden Jahr befriedigt werden müssen. Bis zur Neuregelung sollen keine neuen Anträge angenommen werden. Die bisherige Regelung begünstige Vereine, die aufgrund ihrer eigenen finanziellen Mittel größere Maßnahmen durchführen können. Er fragt, wieviel der veranschlagten Gelder im kommenden Haushalt bereits gebunden seien und warum für 2026 mit einer Verdopplung in der Finanzplanung gerechnet werde, obwohl man mit den neuen Richtlinien eine Reduzierung beabsichtige. Kultur und Sport müsse gleichbehandelt werden.

Stadtrat **Sorg** dankt der SPD-Fraktion für die Einbringung des Antrages, seine Fraktion wird diesem im Wesentlichen zustimmen. Angesichts der Haushaltslage solle

schnell entschieden werden.

Stadtrat **Herrmann** zeigt wenig Verständnis für den Antrag mit einer pauschalen Kürzung bei den Investitionen und plädiert für eine Ablehnung. Er wolle bei Vereinen im Bereich des Stadtverbandes für Musik wie auch Sport keine Einschränkungen vornehmen, die für eine Reduzierung der Arbeit sorgen. Er wünscht eine Gesamtberatung im kommenden Jahr. Er geht auf die mittelfristige Finanzplanung ein. Formal werde die Finanzplanung, mit symbolischen Beträgen, mitbeschlossen, wengleich die Zustimmung nicht bedeute, dass keine Entscheidung im Haushaltsjahr erfolge.

Sportvereine seien gemeinnützig und übernehmen unter anderem auch eine gesellschaftliche Aufgabe, sagt Stadtrat **Eisele**. Hier dürfe nicht gespart werden. Die Vereine seien auf Mitgliedsbeiträge, Spenden und Fördergelder angewiesen, um die Ausgaben für konkurrenzfähige Angebote zu stemmen. Teilweise müssen aufgenommene Darlehen über Jahre abbezahlt werden. Die Förderung erfolge nicht nur für Neubauten, sondern auch für Instandsetzungen und Sanierungen. Viele Vereine pflegen ihre Liegenschaften in Eigenarbeit und -finanzierung, ohne Antragstellung. Er befürchtet einen Investitionsstau und warnt vor einer Kürzung, auch im Sinne der Motivation für das Ehrenamt und deren Wahrnehmung in der Stadt.

Zu den gebundenen Mittel, aufgrund der gefassten Beschlüsse, könne ad hoc keine Auskunft gegeben werden und werde nachgereicht, sagt EBMin **Schmetz**.

Im Sinne von WIN LB müsse es eine Änderung geben, merkt OBM **Dr. Knecht** an.

Stadtrat **Dr.O'Sullivan** wünscht eine Abstimmung des Antrages.

Nach dieser Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über den Antrag abstimmen.

TOP 1.20

Einstellen LB-Navi App zum 01.01.2025 -
HH-Antrag der Fraktion Freie Wähler vom
20.11.2024

Vorl.Nr. 330/24

Beratungsverlauf:

Der Antrag soll im 1.Quartal 2025 im Mobilitäts- und Umweltausschuss beraten werden, so der Vorschlag der Verwaltung.
Die FW-Fraktion geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit.

TOP 1.21 Einstellung weiterer Planungen zur Vorl.Nr. 291/24
 Stadtbahn Lucie über die Strecke
 Markgröningen - Ludwigsburg hinaus -
 Haushaltsantrag der AfD-Fraktion vom
 17.11.2024

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Ziemann** teilt mit, dass der Antrag zurückgezogen werde. Zum
Beratungsverlauf siehe TOP 1.23.

TOP 1.22 Austritt aus dem Zweckverband Stadtbahn - Vorl.Nr. 314/24
 HH-Antrag der FDP-Fraktion vom
 18.11.2024

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 9 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan
 Stadträtin Knecht

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 1.23

TOP 1.23 Weitere Schritte 2025-Stadtbahn - HH- Vorl.Nr. 339/24
 Antrag der Fraktion freie Wähler vom
 20.11.2024

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 23 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen
mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** ruft die Anträge der FW-Fraktion (Nr. 339/24), der FDP-Fraktion (Nr. 314/24 siehe TOP 1.22) und der AfD-Fraktion (Nr. 291/24 siehe TOP 1.21 und Teil des Antrages 290/24 siehe TOP 1.2) auf.

Kurzfristig sei der Ausstieg aus dem gemeinschaftlich gegründeten Zweckverband nicht möglich, merkt BM **Manni** an. Am 10.04.25 sei ein Sachstandsbericht im Mobilitäts- und Umweltausschuss vorgesehen, wenngleich die Analyse da noch nicht vorliegen werde. In diesem Zusammenhang werde man auf die Anträge eingehen. Hinsichtlich der fehlenden Beauftragung der Untersuchungen sei es zu Irritationen gekommen.

Die Finanzlage bei Kreis und Land sei ebenso schwierig, so Stadtrat **Ziemann** und werde sich in den kommenden Jahren nicht verbessern. Der Ausstieg solle jetzt erfolgen, da die Kosten für das Projekt weiter steigen und auch künftig anfallen werden. Die Strecke Markgröningen-Ludwigsburg sei sinnvoll.

Die Finanzlage habe sich seit 2022 deutlich verschlechtert, sagt Stadtrat **Haag**. Man solle jetzt das Projekt beenden, auch wenn sich der Sachverhalt nicht geändert habe. Er fragt nach dem Benefit für Ludwigsburg. Die Reaktivierung der Markgröninger Bahn habe eine gute Förderkulisse und der Anschluss von Pattonville durch die SSB sei sinnvoll, müsse jedoch isoliert betrachtet und geplant werden. Er lehnt die Verbindung durch Ludwigsburg ab, die Investitionskosten würden sich in unglaublicher Höhe belaufen, nicht nur durch den erforderlichen Tunnel am Schillerdurchlass zum Bahnhof und die notwendigen Umbauten sowie Eingriffe in den Straßenverkehr. Er kritisiert angesichts der bisherigen Ankündigungen, dass der Zweckverband die Kostenschätzung erst Ende 2025 vorstellen wolle, wie auch die Kosten für einen neuen Geschäftsführer.

Spätestens im zweiten Quartal solle dieses wichtige Infrastrukturprojekt diskutiert und Prioritäten gesetzt werden, sagt Stadtrat **Zeltwanger** und geht auf den Antrag seiner Fraktion ein. Er wünscht konkrete Angaben zu den Kosten für den Bau und den Betrieb sowie zum Ludwigsburger Kostenanteil. Er kritisiert den geschobenen Termin für die Vorstellung der Kosten-Nutzen-Berechnung aufgrund der fehlenden Untersuchungen und erhofft sich durch den Interimschef des Zweckverbandes eine ehrliche Lösung.

Stadträtin **Dr. Knoß** plädiert für dieses wichtige Infrastrukturprojekt, welches sich gut auf der Homepage recherchieren lasse. Hier seien Angaben zur Finanzierung und zu den Zuschüssen eingestellt, wenngleich das Ergebnis der Kosten-Nutzen-Analyse dringend gebraucht werde. Solange dies nicht vorliege, solle das Projekt nicht in Frage gestellt und nicht verkleinert werden.

Die Rahmenbedingungen haben sich seit dem Grundsatzbeschluss am 21.07.2022 nicht geändert, merkt Stadtrat **Herrmann** an und solange stehe seine Fraktion zu dem Beschluss. Erst wenn sich an den zugesagten Investitionszuschüssen von 87,5 Prozent etwas ändere, sei ein neuer Beschluss nötig, da sich der Sachverhalt dann geändert habe. Seine Fraktion werde mehrheitlich den heutigen Anträgen deshalb nicht zustimmen. Auch er zeigt sich überrascht über die nichtbeauftragten Untersuchungen. Die Betriebskosten, die auf die Kommunen zukommen, hänge mit der Kosten-Nutzen-Analyse ebenso zusammen.

Die Fraktion um Stadtrat **Maier** steht hinter der Stadtbahn und die Planungen sollen weiter vorangetrieben werden. Die Reaktivierung der Strecke Markgröningen-Ludwigsburg mache den größten Anteil mit rund 80% des Projektes aus. Die Analyse müsse abgewartet werden. Das Projekt könne eventuell wirtschaftlich sein und die Kosten-Nutzen-Analyse positiv ausfallen. Er merkt an, dass stark beanspruchte Straßen durch hohe Investitionskosten ständig saniert werden müssen. Man dürfe keinen Rückschritt machen. Er sieht hierin eine große Chance für Ludwigsburg als zentrales Zentrum zwischen Heilbronn und Stuttgart.

Die Fraktion um Stadtrat **Remmele** sieht das Projekt schon immer kritisch. Interessant wäre ein Anschluss der Weststadt, dies sei jedoch nicht berücksichtigt. Er sieht in der Strecke Markgröningen-Ludwigsburg lediglich eine Möglichkeit zum Umstieg nach Stuttgart. Man habe auch künftig keine finanziellen Möglichkeiten zur Finanzierung.

Stadtrat **Eisele** wünscht in der Sitzung des Mobilitäts- und Umweltausschusses am 10.04.2025 mehr Klarheit und eine rechtliche Einschätzung eines Ausstiegsszenarios samt Kosten.

OBM **Dr. Knecht** kritisiert ebenso die verspätete Beauftragung, wengleich heute keine Entscheidung getroffen werden solle.

Stadtrat **Ziemann** zieht die Anträge seiner Fraktion zurück, siehe hierzu TOP 1.2 und TOP 1.21. Seine Fraktion werde sich dem FDP-Antrag anschließen

Stadtrat **Haag** wünscht eine Abstimmung des FDP-Antrages.

Stadtrat **Zeltwanger** wünscht eine Abstimmung des FW-Antrages.

Sodann lässt OBM **Dr. Knecht** über den Antrag der FDP-Fraktion (Nr.314/24) abstimmen. Dieser Antrag wird mehrheitlich abgelehnt. Zum Abstimmungsergebnis vgl. TOP 1.22.

Im Anschluss lässt OBM **Dr. Knecht** über den Antrag der FW-Fraktion (Nr. 339/24) abstimmen.

TOP 1.24	Funktionsfähiges Verkehrsleitsystem - HH- Antrag der Fraktion Freie Wähler vom 20.11.2024	Vorl.Nr. 332/24
----------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Der Antrag werde in den Mobilitäts- und Umweltausschuss verwiesen, so der Vorschlag der Verwaltung.

Man werde das Thema aufbereiten und eine Infovorlage im 1. Quartal erstellen, so BM **Mannl**.

Die FW-Fraktion geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit.

geänderter Antragstext:

Die Freien Wähler sind bereit und beantragen aus dem aktuellen Budget für Straßensanierungen in Nebenstraßen ~~1,0 Mio. Euro~~ **500.000 Euro pauschal** einzusparen und beauftragen die Verwaltung hier 2 Vorschläge zu unterbreiten. Sanierungsmaßnahmen auf die Frequenz der Befahrungintensität abstimmen – Nebenstraßen aktuell zurückstellen (z.B. Sanierung F. List Str.)
Einsparung: ~~1,0 Mio. Euro/a~~ **500.000 Euro/a** plus ca. X % Personalkosten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der **geänderte Antrag** wird mit 23 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan

Beratungsverlauf:

Keine Sanierung im Belag führe künftig zu mehr Schäden im Untergrund und Mehrkosten, gibt BM **Manni** zu bedenken. Der Straßenzustand in der Stadt weise deutliche Defizite auf. Er empfehle eher eine Erhöhung des Budgets. Er erläutert das Belagsprogramm, hierbei werde nicht in den Untergrund eingegriffen, zudem erhalte man eine Kofinanzierung durch die Stadtwerke. Sollte die Friedrich-List-Straße entnommen werden, dann empfiehlt er dringend eine andere Straße stattdessen aufzunehmen. Eine Grundsanierung von Straßen sei derzeit nicht finanzierbar. Die Verwaltung empfiehlt dem Antrag nicht zu folgen.

Stadtrat **Zeltwanger** will über den Antrag abstimmen lassen. Aufgrund der Haushaltslage können verschiedene Bedarfe in der Stadt derzeit nicht finanziert werden. Man müsse die Sanierung der Nebenstraßen abwägen. Der Antrag solle als Beitrag für den Gesamthaushalt gesehen werden.

Stadträtin **Dr. Knoß** geht auf die Beratung im Mobilitäts- und Umweltausschuss zur Beschlussvorlage Nr. 269/24 ein. Die Stadtwerke seien in der Händelstraße, Hartensteinallee und Schwieberdinger Straße tätig und sei deshalb sinnvoll. Bei der Friedrich-List-Straße sei dies nicht der Fall. Die Sanierung betrage 520.000 Euro nur für diese Straße und solle aus dem Programm entnommen werden und durch eine andere dringend zu sanierende Straße ersetzt werden. Künftig können nur noch Sanierungen im Zuge der Arbeiten durch die SWLB erfolgen.

OBM **Dr. Knecht** fragt, ob der Antrag auf die Friedrich-List-Straße begrenzt werde.

Die Schäden müssen rechtzeitig behoben werden, um spätere größere Maßnahmen und einen Sanierungsstau zu vermeiden, sagt Stadtrat **Passaro**. Er wünscht eine Übersicht über die erforderlichen Straßensanierungen und Synergieeffekte mit der

SWLB. Dies müsse transparent in die Bürgerschaft gespiegelt werden.

Stadträtin **Liepins** geht auf die Diskussion im Mobilitäts- und Umweltausschuss ein, auch sie moniert die gewünschte Liste. Ein Sanierungstau sei nicht sinnvoll, wenngleich die Friedrich-List-Straße entnommen werden könne, da es keine Synergie mit den Stadtwerken gebe und regt an, die eingesparten Kosten bei der Eichendorffschule einzusetzen. Sie fragt, wie künftig mit den großen Straßen umgegangen werde.

Durch eine Aufschiebung befürchtet Stadtrat **Ziemann** höhere Kosten zu einem späteren Zeitpunkt.

Die Sanierung der Straßen, auch Nebenstraßen, sei eine Daueraufgabe der Kommune und könne nicht ausgesetzt werden, erinnert Stadtrat **Eisele** an die Beratung im Ausschuss. Auch die Anwohnende von Nebenstraßen habe ein Recht auf eine funktionierende Infrastruktur. Sofern die Friedrich-List-Straße eingespart werde, müsse im Gegenzug ein Vorschlag zu einer anderen Straße gemacht werden. In der Vorlage werden die Gründe für die Sanierung genannt.

Stadtrat **Zeltwanger** korrigiert den Antragstext und reduziert die Summe auf 500.000 Euro pauschal.

OBM **Dr. Knecht** lässt über den geänderten Antrag, wie oben kursiv eingefügt, abstimmen.

TOP 1.26

Verzicht auf 2. Unterführung am Bahnhof -
HH-Antrag der FDP-Fraktion vom
18.11.2024

Vorl.Nr. 315/24

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 3 Ja-Stimmen, 36 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan

Beratungsverlauf:

BM **Mannl** informiert zur Maßnahme. Der Beschluss sei gefasst und die Verträge mit der Bahn unterschrieben. Die Federführung und der Großteil der Arbeit für dieses gemeinschaftliche Vorhaben übernehme die Bahn, unter anderem holt die Bahn das erforderliche Baurecht ein. Man konnte ein gutes Verhandlungsergebnis erreichen. Man wolle einen zukunftsweisenden Bahnhof, der mit der zweiten Unterführung eine leistungsstarke Anbindung biete und eine Durchwegung in das Franck-Areal ermögliche. Die Stadt übernehme die Kosten für die Anbindung und die Mehrbreite.

Der Bahnhof sei ein wichtiger Standortfaktor. Temporär werde die heutige Unterführung während den erforderlichen Sanierungsmaßnahmen und dem barrierefreien Umbau des Bahnhofs nicht nutzbar sein.

Stadträtin **Knecht** erläutert den Antrag ihrer Fraktion. Grundsätzlich sei die Maßnahme sinnvoll, jedoch seien die Kosten zu hoch. Man solle die Bahnvariante annehmen, ohne weitere städtische Kosten und Planungen. Die Verbreiterung habe nicht mehr die ursprünglich angedachten Maße. Die Anbindung zum Franck-Areal müsse neu überdacht und die Entwicklung dieses Areals abgewartet werden.

Die zweite Unterführung sei ein elementarer Bestandteil für die Mobilitätsdrehscheibe Bahnhof, verbinde die Innenstadt mit der Weststadt und sei eine wichtige Passage für die Entlastung des Westausgangs, merkt Stadtrat **Braumann** an. Hierauf könne nicht verzichtet werden. Seine Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Die jetzige Unterführung müsse saniert werden, mit der zweiten Unterführung gebe es eine Alternative für den Sanierungszeitraum, bekräftigt Stadträtin **Dr. Knoß** die Notwendigkeit. Man müsse hier wirtschaftlich denken. Die Fahrgastzahlen nehmen zu.

Die Unterführung sei dringend notwendig und habe eine hohe Priorität, sagt Stadtrat **Zeltwanger**. Die Verkehrsströme werden künftig neu sortiert und die Westseite mehr einbezogen, auch dadurch sei die Unterführung erforderlich.

Die Unterführung sei für die Anbindung der Westseite wichtig, meint Stadträtin **Liepins**. Über die Kostenverteilung solle mit der Bahn nochmals gesprochen werden. Ihres Wissens zahle die Bahn 51% und die Stadt 49% der Kosten.

Stadträtin **Allerborn** wünscht mehr Informationen. Sie könne sich zum Antrag nicht positionieren.

Die Bahn mache einen Durchstich aufgrund der hohen Fahrgastzahlen und finanziere dies mit rund 15 Millionen, führt Stadträtin **Knecht** aus, jedoch nicht in der von der Stadt ursprünglich gewollten doppelten Breite. Bei einem Gesamtvolumen von rund 30 Millionen trage die Stadt 49 Prozent der Kosten. Sie plädiert für die Bahnlösung.

Stadtrat **Eisele** fragt, warum die größere Breite gewollt werde, wenngleich der Durchstich grundsätzlich gewollt werde.

Die Breite sei auch für Sicherheitsthemen relevant, merkt Stadträtin **Schittenhelm** an.

Die Bahn plane einen keinen Durchstich in das Franck-Areal, betont BMin **Schwarz**. Die bestehende Unterführung sei bereits barrierefrei, so die Bahn. Man habe sich dennoch für einen breiteren Durchstich und barrierefreie Anbindung der Bahnsteige entschieden. Die Alternative während der Sanierung der heutigen Unterführung sei aktuell der Franck-Steg, der ebenso sanierungsbedürftig sei und im städtischen Eigentum liege. Die dann erforderliche Sanierung des Stegs würde hohe Kosten mit sich bringen.

BM **Mannl** geht auf die Kosten ein. Der Durchstich liege in einem rein städtischen Interesse, wie auch die Mehrbreite. Man konnte ein gutes Verhandlungsergebnis mit

der Bahn erzielen, gibt er zu bedenken.

Nach dieser Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über den Antrag abstimmen.

TOP 1.27

Verzicht auf den Kreisel an der
Sternkreuzung - HH-Antrag der FDP-Fraktion
vom 18.11.2024

Vorl.Nr. 318/24

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan

Beratungsverlauf:

BM **Manni** merkt an, dass bisher noch kein Beschluss im Mobilitäts- und
Umweltausschuss erfolgt sei. Die Maßnahme sei zur Beratung im 1.Quartal 2025
vorgesehen.

Stadträtin **Knecht** plädiert für den Rückbau zu einer Ampelanlage, da der
Kreiselversuch die Erwartungen nicht erfüllt habe. Sie habe ursprünglich eine
Zweispurigkeit mit Bypass gewollt. Der Kreisel sei nicht effektiver als die Ampel.
Bereits heute gebe es einen hohen Ausweichverkehr, zu Lasten der Oststadt. Zudem
müsse die Schlange bei einer Ampelanlage nicht versetzt werden.

Der Kreisverkehr funktioniere sehr gut, lobt Stadträtin **Dr. Knoß**, wengleich sie die
Versetzung der Schlange kritisch sehe. Weniger Verkehr an dieser Stelle werte sie
positiv.

Man warte auf eine Vorlage mit Planungen und Kostenschätzung, sagt Stadtrat
Passaro. Zu Stoßzeiten gebe es vor allem vom Heilbronner Tor kommend zu einem
Rückstau, wie auch bei größeren Fußgängerströmen, wengleich in großen Teilen der
Kreisverkehr funktioniere. Eine Verschärfung erwarte er jedoch, wenn an allen
Ausfahrten die Radbevorrechtigung eingerichtet werde.

Wir brauchen eine langfristige Lösung für diese zentrale Kreuzung, sagt Stadtrat
Maier. Er lobt die hohen Zuschüsse. Mit der Ampellösung habe es häufig
Stausituationen gegeben. Die Diskussion und Klarheit werde im Mobilitäts- und
Umweltausschuss erwartet.

Stadtrat **Haag** will auf den U-Turn nicht verzichten.

Stadtrat **Remmele** merkt an, dass es aufgrund der aktuellen Baustellensituation am

Kreisverkehr derzeit noch keine ideale Lösung geben könne.

BM **Mannl** teilt mit, dass der U-Turn bestehen bleibe.

OBM **Dr. Knecht** lässt nach dieser Aussprache über den Antrag abstimmen.

TOP 1.28

Sternkreuzung-Verzicht auf Versetzen der
Schlange - HH-Antrag der Fraktion Freie
Wähler vom 20.11.2024

Vorl.Nr. 327/24

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 12 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan

Beratungsverlauf:

BM **Mannl** informiert über die Förderkulisse. Die Schlange stehe nicht mittig im
Kreisverkehr.

Die Versetzung sei in der Bevölkerung nicht zu vermitteln, sagt Stadtrat
Zeltwanger. Man solle darüber nachdenken, auf die Fördergelder zu verzichten und
die jetzige Situation verstetigen.

OBM **Dr. Knecht** fragt den Antragsteller, ob sich der Antrag auf die Versetzung der
Schlange und den Verzicht auf den Umbau beziehe.

Die jetzige Situation solle mit wenigen Mitteln in der Optik verbessert werden,
antwortet Stadtrat **Zeltwanger**. Die Fördergelder seien auch Steuergelder und
werden für ein besseres Ergebnis nicht dienlich sein und können eingespart werden.

Das Provisorium solle durch die Angleichung an die Straßenverkehrsordnung zu einer
ständigen Lösung erhoben werden, fasst OBM **Dr. Knecht** den Wortbeitrag des
Antragstellers zusammen.

Stadträtin **Liepins** will wissen, wie die erforderlichen 3,5 Millionen Euro finanziert
werden sollen.

Das Provisorium sei nicht förderfähig, nur ein regelgerechter Umbau und die große
Lösung somit wirtschaftlicher, merkt BM **Mannl** an. Selbst die Verfüllung der
Unterführung sei förderfähig. Eine Aufstellung zur Förderkulisse werde aufbereitet.
Der städtische Kostenanteil werde sich auf rund 300.000 Euro belaufen.

Der Kreisverkehr sei ein zentraler Punkt in der Stadt und solle endlich fertiggestellt werden, merkt Stadtrat **Remmele** an. Man solle nicht zusätzlich über einen Radweg diskutieren.

OBM **Dr. Knecht** geht auf die gute Förderkulisse und den städtischen Anteil von rund 300.000 Euro ein. Unter Haushaltsgesichtspunkten sei der Umbau eine gute Entscheidung. Man habe rund 550.000 Euro für die Grüngestaltung am Rande zur Bärenwiese bereits gestrichen.

Stadtrat **Meyer** erinnert an die heutige Haushaltsberatungen. Details sollten im Mobilitäts- und Umweltausschuss beraten werden.

OBM **Dr. Knecht** lässt nach dieser Aussprache über den Antrag abstimmen.

TOP 1.29	Reduzieren von Stellplätzen im Gemeinderat beraten - HH-Antrag der CDU-Fraktion vom 19.11.2024	Vorl.Nr. 309/24
----------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Der Antrag soll im 1.Quartal 2025 im Mobilitäts- und Umweltausschuss beraten werden, so der Vorschlag der Verwaltung.
Die CDU-Fraktion geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit.

TOP 1.30	Rückbau/Verbot von Schottergärten - HH-Antrag des LUBU-Stadtrats vom 20.11.24	Vorl.Nr. 319/24
----------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Der Antrag soll im 1.Quartal 2025 im Bauausschuss beraten werden, so der Vorschlag der Verwaltung.
Stadtrat **Taskin** geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit.

TOP 1.31

Werbesatzung ab 01.01.2025 für 2 Jahre
aussetzen - HH-Antrag der Fraktion Freie
Wähler vom 20.11.2024

Vorl.Nr. 331/24

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** teilt mit, der Antrag der FW-Fraktion sei zurückgezogen worden.

TOP 1.32

Stadtplanung kostenoptimiert - HH-Antrag
der Fraktion Freie Wähler vom 20.11.2024

Vorl.Nr. 336/24

Beratungsverlauf:

Der Antrag soll im 1.Quartal 2025 im Wirtschaftsausschuss beraten werden, so der
Vorschlag der Verwaltung.

Die FW-Fraktion geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit.

TOP 1.33

Notwendige Stellplätze Blühendes Barock -
HH-Antrag der Fraktion Freie Wähler vom
20.11.2024

Vorl.Nr. 333/24

Beratungsverlauf:

Der Antrag soll im 1.Quartal 2025 im Wirtschaftsausschuss beraten werden, so der
Vorschlag der Verwaltung.

Die FW-Fraktion geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit.

Beschluss:

1. Die vorgestellten vier Straßen werden entsprechend der beiliegenden Pläne saniert.
Die Haushaltsmittel stehen vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltsplanes 2025 zur Verfügung.
2. Die Gesamtkosten für die Sanierung der Händelstraße **475.000 €** (brutto) werden genehmigt.
3. Die Gesamtkosten für die Sanierung der Hartensteinallee **300.000 €** (brutto) werden genehmigt.
4. Die Gesamtkosten für die Sanierung der Schwieberdinger Straße **500.000 €** (brutto) werden genehmigt.
5. Die Gesamtkosten für die Sanierung der Friedrich-List-Straße **520.000 €** (brutto) werden genehmigt.
6. Die Verwaltung wird ermächtigt, Ausschreibungen und Vergaben der Arbeiten vorzunehmen, sofern die einzelnen Gesamtkosten sich gegenüber der Kostenberechnung um nicht mehr als 10% erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziffer 1-4 wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss zu Ziffer 5 wird mit 22 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Der Beschluss zu Ziffer 6 wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan
Stadträtin Knecht
Stadträtin Shoaleh

Beratungsverlauf:

BM **Manni** geht auf die Beratung im Mobilitätsausschuss ein.

Stadträtin **Dr. Knoß** wünscht eine getrennte Abstimmung zur Friedrich-List-Straße.

Das Material in der Friedrich-List-Straße sei abgängig und müsse saniert werden, merkt BM **Manni** an. Nach der heutigen Beschlussfassung zu TOP 1.42 wird das Budget pauschal um 500.000 Euro reduziert. Die Sanierung der Friedrich-List-Straße könne dennoch gewährleistet werden.

OBM **Dr. Knecht** lässt Ziffer 1-4, Ziffer 5 und Ziffer 6 getrennt abstimmen.

Beschluss:

Die nachstehende Satzung über das Offenhalten von Verkaufsstellen

am 23.03.2025 anlässlich des „Ludwigsburger Märzklopfens“ (Ludwigsburg
Innenstadt)

am 12.10.2025 anlässlich des „Ludwigsburger Kastanienbeutel-fests“ mit Herbstmarkt
(Ludwigsburg Innenstadt)

wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen
mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan
Stadträtin Knecht

Beratungsverlauf:

Nachdem das Gremium auf einen Sachvortrag und eine Aussprache verzichtet, lässt
OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Feststellung des Jahresabschlusses
Der Jahresabschluss wird mit den in Anlage 2 aufgeführten Werten festgestellt.
2. Ergebnisverwendung
Der Fehlbetrag aus 2023 i.H.v. 3.729,62 € wird mit dem Gewinnvortrag i.H.v. 123.380,98 € verrechnet.
3. Entlastung für das Jahr 2022 und 2023
Der Betriebsleitung wird für das Jahr 2022 und 2023 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan
Stadträtin Knecht

Beratungsverlauf:

Nachdem das Gremium auf einen Sachvortrag und eine Aussprache verzichtet, lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Das **gesamtgebührenrechtliche Ergebnis für das Jahr 2023** wird in Höhe von **-289.773,90 Euro** festgestellt.

Aus der Betriebsabrechnung 2023 ergeben sich folgende Kostenüber- und -unterdeckungen:

- a. Für die Schmutzwassergebühren eine **Kostenunterdeckung** in Höhe von **638.631,18 Euro**. Durch die Einstellung der Kostenüberdeckungen aus Vorjahren laut Gebührenkalkulation 2023 in Höhe von 800.000,00 Euro ergibt sich insgesamt eine ausgleichspflichtige Kostenüberdeckung in Höhe von **161.368,82 Euro**. Diese Überdeckung ist bis einschließlich 2028 auszugleichen. Über die Einstellung dieser Überdeckung wird im Rahmen der nächsten Abwassergebührenkalkulationen beraten.
- b. Für die Niederschlagswassergebühren eine **Kostenüberdeckung** in Höhe von **349.023,34 Euro**. Durch die Einstellung der Kostenüberdeckungen aus Vorjahren laut Gebührenkalkulation 2023 in Höhe von **3.563,56 Euro** ergibt sich insgesamt eine ausgleichspflichtige Kostenüberdeckung in Höhe von 352.586,90 Euro. Diese Überdeckung ist bis einschließlich 2028 auszugleichen. Über die Einstellung dieser Überdeckung wird im Rahmen der nächsten Abwassergebührenkalkulationen beraten.
- c. Für die dezentrale Abwasserbeseitigung eine **Kostenunterdeckung** in Höhe von **166,06 Euro**. Durch die Einstellung der Kostenüberdeckungen aus Vorjahren laut Gebührenkalkulation 2023 in Höhe von 14,37 Euro ergibt sich insgesamt eine Kostenunterdeckung in Höhe von **151,69 Euro**. Diese Unterdeckung wird bis einschließlich 2028 ausgeglichen. Über die Einstellung dieser Unterdeckung wird im Rahmen der nächsten Abwassergebührenkalkulationen beraten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan
Stadträtin Knecht

Beratungsverlauf:

Nachdem das Gremium auf einen Sachvortrag und eine Aussprache verzichtet, lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage abstimmen.

Der nichtöffentliche Teil der Sitzung entfällt.
OBM **Dr. Knecht** schließt die Sitzung.